

Nordstadt-Erweiterung

Der Norden ist Streitgebiet geworden

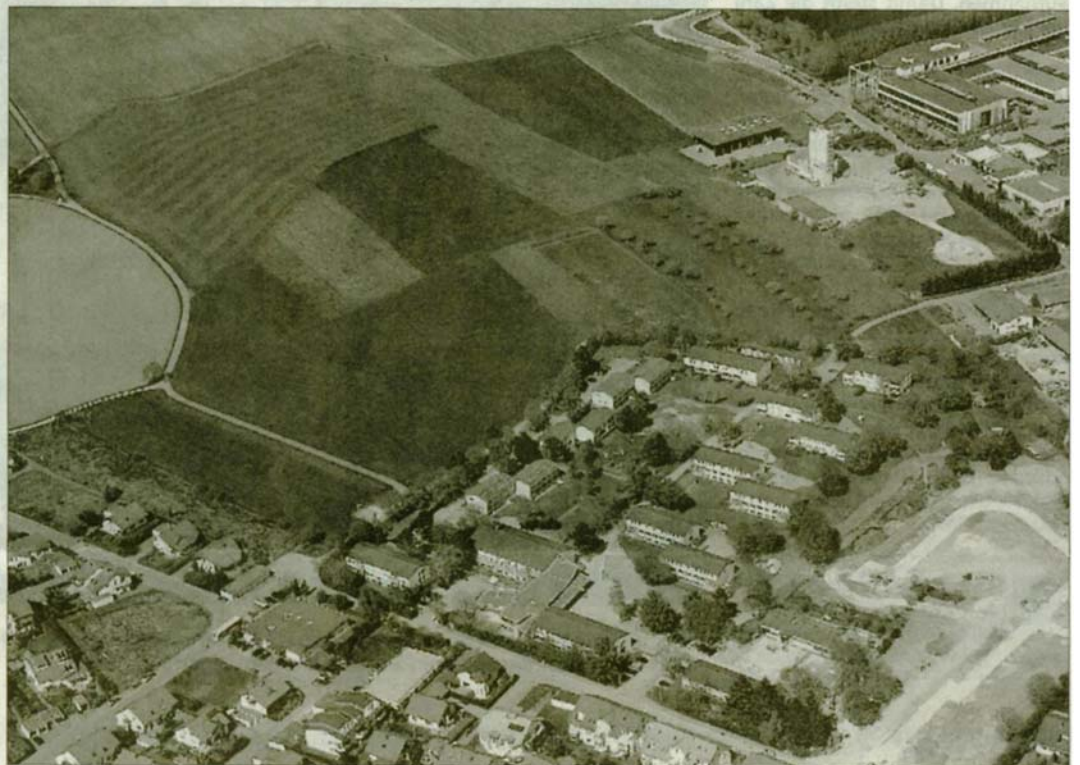
TUTTLINGEN - Die Erweiterung der Nordstadt entwickelt sich immer mehr zu einem heftigen Streitpunkt zwischen Stadtverwaltung und der Bürgerinitiative (BI) Tuttlingen Nord. Während die Stadt gestern zu einem Pressegespräch lud und die Pläne erneut vorstellte, rief die BI mit Flugblättern zur Bürgerbegehung im Baugebiet auf.

Von unserer Redakteurin
Yvonne Tenhonsel

Im Besprechungszimmer von Oberbürgermeister Michael Beck liegen die Pläne auf dem Tisch. „Verfeinerte Pläne“, die jetzt den Gremien vorgelegt werden – und zugleich Basis für die Beteiligung jetziger und künftiger Nordstadt-Bewohner bilden sollen. Ziel sei es, so Beck, „landschaftsverträglich“ zu bauen. Die Argumente der Nordstädter nehme man dabei ernst, betonte auch Baubürgermeister Willi Kamm.

So habe man das Gebiet, das im Flächennutzungsplan seit Jahren als Bauland ausgewiesen ist und in dem auch Wasserschutzzonen berücksichtigt sind, zunächst von knapp 47 auf 41 Hektar Siedlungsfläche reduziert. Darüber hinaus plane man Baumgruppen und Wege wie den zur Papiermühle zu belassen, ebenso die umliegende Fläche im Nordosten: „Dieser Bereich kann landwirtschaftlich genutzt oder als Landschaftspark ausgebaut werden.“

Beck denkt dabei noch weiter, über den Flächennutzungsplan hinaus bis zu den zwei Seen rechts und links der künftigen Rußbergstraße, zwischen Kreisverkehr und Baugebiet: „Wir dürfen nicht in Rastern denken, sondern müssen einen Blick in die Landschaft werfen.“ Die Seen in künftige Pläne einzubinden und für Bürger zugänglich zu machen, widerspräche kaum dem Wunsch vieler nach Erholungsraum. Das Gebiet „wild zupflastern“ wolle niemand, betont Beck. Doch Entwicklung einer Stadt, in der die Nachfrage von



Die Stadt will den Norden entwickeln. Die Bürgerinitiative befürchtet schweren Eingriff in die Natur. Foto: Plesing

Bauherrn groß sei, müsse möglich sein.

Die Bürgerinitiative, die zwischenzeitlich nicht nur 2000 Flugblätter vorbereitet, sondern sich auch an den Regierungspräsidenten und das Umweltministerium gewandt hat, ist laut einer Pressemitteilung „zwar durchaus angehen von den neuen Tönen aus dem Rathaus“ und erkennt auch eine Weiterentwicklung an. Dennoch befürchtet sie weiterhin Durchgangsverkehr aus dem Donautal und sieht daher insbesondere der Ansiedlung von Gewerbe und dem Festhalten an der Rußbergstraße kritisch entgegen.

Beck erinnerte unterdessen daran, dass er den Ausbau der Straße vor zwei Jahren „vorerst“ gestoppt hatte. Mit

der Suche nach Flächen aber sei die Straße notwendig und der Anschluss an die Balingen Straße sinnvoll geworden.

Verkehr ist „hausgemacht“

„Ein so großes Gebiet ohne Stadtstraße zu erschließen, ist nicht möglich“, bestätigte auch Kamm. Dass die neue, geschwungene Straßenführung als Ausweichstrecke genutzt wird, glaubt er nicht: „Wir müssen langfristig versuchen, die Verkehrsknoten so auszubilden, dass die neue Strecke angenommen wird.“ Schon jetzt, ergänzte Beck, seien laut einer Untersuchung rund 80 Prozent des Verkehrs in der Nordstadt „hausgemacht“: „Die alte

Angst vor Durchgangsverkehr vom Rußberg hat sich also nicht bestätigt.“

Auch vor dem geplanten Gewerbegebiet auf gerade mal 5,5 Hektar müsse man keine Angst haben, beruhigte der von der Stadt beauftragte Stadtplaner Achim Ketterer: „Wir denken nicht an große Industriebauten, sondern kleine, durch die Hanglage tiefer liegende Gebäude mit begrüntem Dächern, über die man hinwegsehen kann.“ Es gehe darum, so Beck, das Gebiet „behutsam“ weiter zu entwickeln.

Unterdessen bereitet die Bürgerinitiative ihr Begehen am Samstag, 31. Mai, ab 15 Uhr nördlich von Mutpol vor. Zur Planung trifft sich die BI morgen um 19.30 Uhr im Schützenhaus.